

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

28.2.1919 (No. 51)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. K. M. e. n. b.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 4,75 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 4,92 M. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gebaltene Zeile oder deren Raum 25 P. täglich 30 % Feuerungszuschlag. Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Kontoführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Das Wichtigste.

Die Friedensverhandlungen.

* Nach einer Londoner Meldung sprach, lt. „S. Pr.“ Balfour am letzten Montag und erklärte, daß in der dritten Märzwoche die Friedensverhandlungen ihren Anfang nehmen werden. Die Lage in Deutschland sei hofflos. Die Alliierten seien alle gewillt, einen Teil ihrer Forderungen zurückzustellen, um in Europa in absehbarer Zeit geordnete Verhältnisse der Völker wieder herzustellen.

Die Kriegsschädigungen.

* Wie das Pariser „Journal“ meldet, ist der Abgeordnete Louis Dubois damit beschäftigt, im Namen des Budgetausschusses eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die die Kriegsschäden betrifft. Die Gesamtsumme dieser Schäden beträgt 119,801 Milliarden, die sich wie folgt verteilen: Immobilien 85 446 000 000, Schäden an Mobilien, Materialien, Vieh und Wertgegenständen 32 352 000 000, an Rohmaterialien, landwirtschaftlichen Produkten u. anderweitigen Vorräten 28 761 000 000, Ausfall an Betriebszeugnissen 23 242 000 000.

Der jetzt aufgestellte Gesamtbetrag wird von Deutschland und seinen Verbündeten gezahlt werden müssen und zwar ein Teil sofort in bar oder in Schuldscheinen, der Rest soll auf eine Periode von 5 Jahren verteilt werden, während der die Mittelmächte den noch ausstehenden Betrag verzinsen sollen. Die ganze Angelegenheit soll durch ein Garantiehilfsfestgelegt werden, das von der internationalen Kommission für Kriegsschädigungen entworfen wird.

Aus London wird gemeldet: Die Kriegsschädigung, die Italien von Österreich verlangen wird, beläuft sich nach einer vorläufigen Schätzung auf 600 Millionen Pfund Sterling (12 Milliarden Mark). Da es jedoch fraglich erscheint, ob die Bezahlung dieser Summe erreicht werden kann, wird die italienische Regierung vielleicht zu dem Mittel der Selbsthilfe greifen, indem sie gewisse Konzeptionen in Österreich verlangt und die natürlichen Hilfsquellen des Landes zur Bezahlung der Kriegsschuld ausnutzt. Es verlautet in Paris, daß Österreich etwa ein Drittel der Summe in Bauholz bezahlen kann. Österreich soll innerhalb 5 Jahren etwa 8 Millionen Kubikmeter Bauholz an Italien liefern.

Wachsende Unruhe bei den Alliierten.

Nach einer Meldung des Pariser Vertreters des „Allgemeinen Handelsblatts“ hat die Friedenskonferenz ihre Arbeiten beschleunigt, weil man von einer weiteren hinauschiebung der endgültigen Regelung keine Vorteile mehr erwarten könne. Es sei deshalb notwendig, den wirtschaftlichen Verlust zu mildern, um zu verhindern, daß Deutschland dem Volkswirtschaften in die Hände falle, und um die Handelschiffe und Fischereifahrzeuge, die jetzt am Blockadendienst beteiligt sind, für andere Zwecke frei zu machen.

In der Finanzfrage werde man sich zunächst mit der vorläufigen Festsetzung von Schäden und der von Deutschland zu leistenden Schadenersatzvergütung begnügen. Man glaube, daß die Zahlungen ziemlich lange dauern werden, da die Deutschen nur einen kleinen Teil ihrer Schuld mit Gold bezahlen könnten und den Rest mit Notnoten abtragen müßten. Während dieser ganzen Zeit werde es notwendig sein, deutsches Gebiet besetzt zu halten, um Vermögenswerten dafür zu haben, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nachkomme.

Die Schweizer Blätter melden, erklärte Präsident Wilson einem Pressevertreter gegenüber, daß er am 15. März wieder in Europa eintreffe und im Juni nach Amerika zurückkehren werde. Es läßt sich also voraussehen, daß die Friedenskonferenz bis zu diesem Zeitpunkt beendet sein wird.

Noch keine Aufhebung der Blockade.

* Auf der Arbeiterkonferenz in London sagte Lloyd George nach einer Neuermeldung, die Blockade könne nicht eher aufgehoben werden, bis Deutschland einen Friedensvertrag unterzeichnet habe, der den Krieg unmöglich mache. Er hoffe zuversichtlich, daß der Präliminarfriede binnen weniger Wochen unterzeichnet werde.

Der Bolschewismus bei den Ententebeeren.

* „Chicago Tribune“ meldet, daß die russische Frage, die in voriger Woche so dringlich erschien, daß Churchill im Flugzeug nach Paris kam, jetzt wieder zurückgestellt wurde, weil eine Einigung nicht zu erzielen war. Churchill's Vorschlag ging dahin, eine alliierte Freiwilligenarmee, 50 000 Mann aus jedem Lande, nach Rußland zu entsenden. Die französische und die englische Regierung haben diesen Vorschlag abgelehnt, da sich weder französische, noch englische Soldaten hier zu melden würden. Die alliierten Soldaten seien des Krieges absolut überdrüssig und es scheie zu befürchten, daß die gesamten Truppen zum Bolschewismus übergehen würden.

Die „Kreuzzeitung“ bringt von durchaus vertrauenswürdiger Seite Mitteilungen über umfangreiche revolutionäre Bewegungen in der französischen Armee, die nicht nur in den Truppenverbänden im besetzten Gebiete zutage getreten sind, sondern auch an anderen noch nicht demobilisierte Seeresoldaten erfaßt haben.

Die Unruhen in Mitteldeutschland.

* Nach einer von gestern abend datierten Meldung aus Berlin wird die Rahmlegung des Eisenbahnverkehrs durch den Streik immer bedrohlicher. Die Verbindung mit Halle, auch die telephonische, ruht vollständig. Nach Leipzig sind keine Züge mehr abgefahren. Dagegen ist die telephonische Verständigung noch möglich. Der Münchener Abendzug mußte ausfallen. Züge aus dem Süden und Südwesten treffen in Berlin sehr spärlich ein. Auf dem Anhalter Bahnhof herrschte unter den Reisenden große Verstärkung über die Verkehrssperre. Die Wartehäuser waren sämtlich überfüllt. Wie die Eisenbahndirektion Berlin noch mitteilt, verläuft der Verkehr auf anderen Fernbahnhöfen ungehindert. Auch die Züge folgen nacheinander und der Verkehr wickelt sich planmäßig ab.

In Reichswehrministerium sollen, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, heute neue Verhandlungen stattfinden, an denen die Abgeordneten Delius und Thiele teilnehmen. Die Regierung will versuchen, den Streik durch Verhandlungen beizulegen und erst wenn dies nicht zu einem Ergebnis führt, zu militärischen Maßnahmen greifen.

Aus Weimar wird gemeldet, in maßgebenden Kreisen sei man der Ansicht, daß der Streik in Mitteldeutschland in drei bis vier Tagen beigelegt sein werde. Hauptaufgabe der Truppen würde dann sein, die Entwaffnung in den einzelnen Orten vorzunehmen.

Der „Germania“ will es als keineswegs bewiesen erscheinen, daß die Vorgänge in Mitteldeutschland und speziell gegen Weimar für die Spartakisten im Augenblick die Hauptsache seien. Es handle sich nur um ein Ablenkungsmanöver, um die allgemeine Aufmerksamkeit von den Vorarbeiten wegzulenken, die für neue Putsch in Berlin anlässlich des Zusammentritts der preussischen Landesversammlung in nächster Woche betrieben würden. Nach der Art, wie man in Berlin für den Generalstreik agitiert, könne es keinem Zweifel unterliegen, daß es sich nur um eine Nuße vor dem Sturm handelt.

Der erste Streiktag in Leipzig verlief, wie die Berliner Morgenblätter berichten, bis gestern abend ruhig. Ein Teil der Fabriken entließ die Streikenden ohne Kündigung, da es sich um einen Gewalt- und nicht um einen Lohnstreik handelt. — Von der Bürgerschaft ist gestern mittag ein Proteststreik eingeleitet worden. Die meisten Geschäfte der Stadt, auch die Apotheken, sind geschlossen. Dagegen sind die Lebensmittelgeschäfte geöffnet. Die Beamten des Fernsprech- und Telegraphenamtes haben dagegen beschlossen, sich nicht am Bürgerstreik zu beteiligen. Dagegen ruht die Arbeit in allen städtischen und staatlichen Büros. Die Verteilung der Lebensmittelkarten ist von der Amtshauptmannschaft eingestellt worden. Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat hat den Amtshauptmann aufgefordert, morgen früh die Amtsräume wieder zu öffnen, widrigenfalls er die Öffnung selbst vornehmen werde. Mit Ausnahme der „Leipziger Volkszeitung“ erscheinen keine Leipziger Blätter mehr.

In Magdeburg veranstalteten die Kommunisten eine Versammlung, in der zum Generalstreik aufgefordert wurde. Dann zogen einige Hundert Teilnehmer vor das Grusonwerk, um dort den Generalstreik zu ergötzen. Es gelang ihnen hier ebensowenig wie in den anderen großen Fabriken. Die Kommunisten, meist fremde Elemente, zogen mit der Drohung ab, die Werke heute früh zu zerstören, falls die Arbeiter nicht bis dahin in den Generalstreik eingetreten seien.

Der Generalstreik in Erfurt dauert fort. Die Bürgerschaft hat einen Proteststreik beschlossen. — Als General Merker auf der Durchreise von Gotha nach Weimar vor dem Garnisonkommando in Erfurt hielt, um mit den hiesigen militärischen Stellen zu sprechen, sammelte sich eine erregte Menschenmenge um seinen Kraftwagen. Die in dem Fahrzeuge befindlichen Offiziere wurden wütend und tätlich beleidigt. Als General Merker das Gebäude verließ, wurde er umringt, geschlagen und durch einen Stein in den Kopf verletzt, so daß er sich ins Generalkommando zurückziehen mußte. Um 11 Uhr setzte der General in Begleitung von Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrates, die die Menge beruhigten, die Reise nach Weimar fort. Er ist inzwischen in Weimar angetroffen.

Streik in Stuttgart?

* Die Regierungsgebäude, Postanstalten und die Zeitungsgebäude Stuttgarts sind lt. „S. Pr.“ seit dem 26. von starken Aufgeboten der Regierungstruppen besetzt, um Spartakistenputsche zu verhindern. Für gestern war der Streik in den Fabriken von spartakistischer Seite angekündigt.

Deutsche Nationalversammlung.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung stand die dritte Lesung des Entwurfes über die vorläufige Reichswehr.

Abg. Dr. Fleischer (Ztr.) befürwortet eine Feuerungszulage für die Unteroffiziere und eine Erhöhung des Grundgehalts für die Militärantwärtler.

Reichswehrminister Noske entgegnet, die Frage der Feuerungszulage werde selbstverständlich ernstlich erwogen.

Abg. Braß (U.S.P.), vom Präsidenten wiederholt zur Sache gerufen, spricht über die Streiks. Die Regierung wolle offensichtlich Gewalt gegen Gewalt setzen. Die Reichswehr sei das ungeeignetste Instrument zur Schaffung der Ordnung. (Abg. Dittmann, der dem Präsidenten zuruft, das nennt man unparteiisch! erhält einen Ordnungsruf.) Das Sozialistengesetz erlebte jetzt eine neue Auflage. Wir werden die Arbeiter über die wahren Zwecke der Reichswehr aufklären.

Abg. Laverenz (Deutsch-Nat. Volksp.): Schamlose Verbrechen und unerhörte Gewalttaten gehen täglich vor sich. Gerade die blutrünstigen Reden der Partei des Vordemers sind daran schuld. Die Unteroffiziere und Offiziere müssen wieder in ihre alten Rechte eingesetzt werden, wenn uns nicht wertvolle Kräfte unseres Volkes verloren gehen sollen.

Abg. Schöpflin (Soz.): Herr Braß, einer der Hauptheer des Streiks im Ruhrgebiet, will in echt demagogischer Weise die Verhöhnung des Volkes weiterbetreiben. Schändlich gegen Mörder, Würder und Plünderer, die gegenwärtig Deutschland schänden und es in das größte Unglück stürzen, müssen die Truppen vorgehen und die Reichswehr Verwendung finden.

Reichswehrminister Noske: Zu der Kläubergeschichte über Spitzwirtschaft kann ich nur erklären, daß die Reichsregierung selbstverständlich keinerlei derartige Aufträge gegeben hat. Wir wissen, daß russische Agenten und russisches Geld bei der jetzigen Bewegung eine Rolle spielen. Wir würden Verbrecher am Volke sein, wenn wir nicht dafür sorgten, daß diesem Verbrechertum ein Ende bereitet wird.

Abg. Thiele (Soz.) erörtert die Schuld der Unabhängigen am Streik in Mitteldeutschland.

Abg. Winnefeld (D. Vp.): Die heutigen Zustände im Ruhrrevier sind nur auf das Konto der Unabhängigen und Spartakisten zu setzen. Ich stelle das dringende Ersuchen an die Regierung, kein Mittel unberücksichtigt zu lassen, um Ordnung und Ruhe im Ruhrgebiet herbeizuführen.

Abg. Braß (U.S.P.) verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß er den Streik im Ruhrgebiet provoziert habe. Der Redner erhält einen Ordnungsruf, als er dem Abg. Schöpflin wissenschaftliche Unwahrheit vorwirft.

Abg. Schöpflin (Soz.): Wir rufen den deutschen Arbeitern zu: Kauft nicht sinnlosen Dingen nach. Es geht um die Existenz des Volkes, und diejenigen, die Euch in Deutschlands schwerster Stunde ins Unglück treiben, werden verschwinden, wenn die Sache schief geht. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Gué (Soz.) bestätigt, daß Braß in Essen zu jener Gruppe gehört, die den denkbar schärfsten Anträge, wie den Generalkonferenzantrag, gestellt haben. Wenn durch die Generalkonferenz wirklich die Regierung abgeschafft und die Nationalversammlung aufgelöst wird, glauben die unabhängigen Sozialdemokraten denn, daß sich die ungeheure Mehrheit der Vergewaltigten der neuen Gewaltherrschaft einfach gefallen lassen? Zugrunde gehen bei dieser Wirtschaft der Unabhängigen die Arbeiterschaft und die Gesamtheit des deutschen Volkes.

Abg. Cohn (U.S.P.): Die Regierungsozialisten billigen es heute, wenn gegen Streikende Maschinengewehre aufgeschrien werden. (Präsident Jehrenbach: Es wird jetzt überhaupt nicht mehr vom Wehrgesetz gesprochen. Ich bezweifle, daß das deutsche Volk an diesem Vormittag eine Freude hat.) Durch meine Hände ist kein russisches Regierungsgeld gegangen. Joffe hat mir nur Parteigelder gegeben (Lachen).

Reichswehrminister Noske: Mit einer Demagogie, wie sie gemeingefährlicher und gewissenloser nicht gedacht werden kann, wird der Versuch gemacht, gegen die freiwilligen Stimmung zu machen. Der Zweck der Abgabe der Reden, die Herr Cohn hier hält, kann doch nur der sein, das letzte Instrument, das wir jetzt noch haben oder das wir uns notwendig schaffen wollen, und das uns vor Anarchie und Zusammenbruch bewahren soll, zu zerstören. (Beifall bei der Mehrheit.) Die Herren von der Unabhängigen Sozialdemokratie mögen sich wenden und drehen, wie sie wollen, die Empfangnahme des russischen Geldes und seine Verwendung ist ein so peinliches Kapitel für sie, daß sie niemals imstande sein werden, sich vor dem Deutschen Volke dagegen zu rechtfertigen. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen wird das Wehrgesetz in dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Es folgt das Notgesetz für Elsaß-Lothringen (zur Abhilfe dringender Notstände).

Frau Schmidt (Zentr.) schildert die Notlage der vertriebenen Elsaß-Lothringer, denen schnell geholfen werden müsse. Nachdem der Minister des Innern Dr. Preuß die Annahme des Gesetzes empfohlen hatte, wird es in allen drei Lesungen angenommen. Darauf wird die Sitzung bis halb 4 Uhr nachmittags unterbrochen.

Zur Beratung steht nach der Mittagspause das Übergangsgesetz.

Reichsjustizminister Landsberg wendet sich gegen Abänderungsanträge der Deutsch-Nationalen Volkspartei und der Unabhängigen.

Abg. Becker-Rassau (Ztr.): Der Ton der Rede stimmt mir zu. Wir müssen wieder festen Nechtsboden gewinnen.

Reichsarbeitsminister Bauer wendet sich gegen den Antrag Ablas, wonach alle Verordnungen der provisorischen Regierung, die nach dem 10. Februar publiziert wurden, ungültig sein sollen.

Abg. Dr. Höppl (Dem.) befürwortet die Annahme des Antrages Ablas.

Abg. Bahrmuth (D.N. Sp.): Die Materie bedarf durchaus der Kommissionsberatung. Die ganze Gesetzesarbeit der Revolution muß auf das Allergewissenhafteste geprüft werden.

Abg. Marekly (D. Sp.): Das Gesetz ist ein Versuch, die gesetzgeberischen Akte der Revolution zu legalisieren. Wir fordern Ausschußberatung.

Ein neuer Antrag Ablas (Dem.) verlangt, daß nur die Verordnungen Gesetzeskraft erlangen, die in ein vom Reich veröffentlichtes Verzeichnis hineinkommen und daß das Recht der Nationalversammlung für Aufrechterhaltung der Verordnungen unbefristet sein soll.

Reichsjustizminister Landsberg bittet, von einer Ausschußberatung abzusehen.

Abg. Cohn (U.S.): Wir haben wichtige Bedenken gegen den Gesetzentwurf. Er hat tatsächlich einen höchst politischen Charakter.

Ein Zentrumsantrag will den Entwurf Gesetz werden lassen, die einzelnen Verordnungen der Volksbeauftragten aber verschiedenen Ausschüssen zur Nachprüfung überweisen.

Abg. Siebel (Soz.): Dem zuletzt eingebrachten Zentrumsantrag können wir nur soweit zustimmen, als es sich um angeforderte Verordnungen handelt.

Abg. Ablas (Dem.) erklärt, nach den Ausführungen des Ministers Bauer könne er seinen Antrag nicht aufrecht erhalten. Er habe deshalb einen abgeänderten Antrag eingebracht.

Abg. Behrens (D.N. Sp.): Die Materie ist sehr unübersichtlich. Wir wünschen eine gründliche Prüfung aller Verordnungen und sind daher für die Kommissionsberatung.

Damit schließt die erste Lesung. Die Kommissionsberatung der Vorlage wird gegen die Stimmen der Deutsch-Nationalen Volkspartei und der Unabhängigen abgelehnt.

Aus einer großen Reihe von Einzelabstimmungen geht schließlich § 1 in folgender Fassung hervor:

Die bisherigen Gesetze und Verordnungen des Reiches bleiben bis auf weiteres in Kraft, soweit ihnen nicht dieses Gesetz oder das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar entgegensteht. In Kraft bleiben oder treten auch die vom Reich der Volksbeauftragten oder der Reichsregierung erlassenen und verkündeten Verordnungen. Ein Verzeichnis dieser ist der Nationalversammlung innerhalb Monatsfrist vorzulegen. Verordnungen sind außer Kraft zu setzen, wenn die Nationalversammlung dies innerhalb dreier Monate beschließt. Das Verzeichnis der Verordnungen ist im „Reichsanzeiger“ zu veröffentlichen. In diesem Verzeichnis Fehlendes tritt außer Kraft.

Der Zentrumsantrag, die Nachprüfung der Verordnungen in drei Ausschüssen verlagert, wird angenommen. Der Rest des Gesetzes wird ohne Erörterung erledigt. Lausig verläßt sich das Haus. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr: Poleninterpellation, dritte Beratung des Übergangsgesetzes. Versammlungsgesetz, Schluß halb 8 Uhr.

Politische Uebersicht

Die Massenmorde der Entente.

Die Deutsche Gesellschaft für staatsbürgerliche Erziehung veröffentlicht einen von zahlreichen Ärzten und Oberbürgermeistern unterzeichneten Aufruf an alle medizinischen Fakultäten der neutralen Welt und an den Präsidenten Wilson. Der Aufruf schildert die Verwüstungen, die die Hungerblöde an der Volksgesundheit in Deutschland angerichtet hat und fährt dann fort: „Zu einer großen Menschheitsaktion, um viele Tausende vom Tode bedrohter Menschen zu erretten, fordern wir die Ärzte der neutralen Welt und den Präsidenten Wilson auf. Die medizinischen Fakultäten der Dänemarks, Hollands, Norwegens, Schwedens, der Schweiz und Spaniens bitten wir, durch je ein Mitglied ihrer Fakultät und durch telegraphische Verständigung der Fakultäten untereinander schnellstens eine Ärztesammlung zu bilden. Der Präsident Wilson bitten wir zu bestimmen, daß ein amerikanischer Arzt sich den neutralen Ärzten anschließt. Schließen sich dieser Kommission

Bolschewismus.

Von René Schiddele.

In der Monatschrift „Die weißen Blätter“ veröffentlicht René Schiddele einen fesselnden Aufsatz „Revolution, Bolschewismus und das Ideal“. Wir geben einige Abschnitte daraus wieder:

Wie sehr die Bolschewiki von heute gegen die Militaristen, diese Konsolidierten und zur Ordnungspartei gewordenen Bolschewiki von gestern, im Recht sind, indem sie es aus dem Wald schallen lassen, wie jene hineingerufen haben, wie sehr sie eines Geistes sind mit ihren Vorgängern — wir erkennen es sogar an ihrer Terminologie, ihrem Vorstellungskreis, der Bewegung ihrer Phantasie, dem Ausdruck ihres Temperaments. Sie denken und sprechen im alten üblichen Klauerwelsch der bewaffneten Gewalt.

„Nicht ist die Epoche der direkten Attacke gegen das Kapital, der direkten Niederwerfung und Zerstörung des imperialistischen Raubstaates“, heißt es in der 19. der Thesen über die soziale Revolution. „Seht einmal zu. Vergleicht. Legt die Anweisungen zur Unterdrückung nebeneinander. Woran erinnert der Abschnitt über „Die neue Phase des Kampfes gegen die Bourgeoisie“ in den „Nächsten Aufgaben der Sowjet-Diktatur“ von Lenin? An Gneisenau und Schlieffen. An Bernhardt. An die Auslassungen ihrer Epigonen, der Zeitungs-generale, die den deutschen Spießer zum Strategen gemacht haben. Dieser Abschnitt enthält sich wie jede Theorie der Kriegskunst als ein Schicksalsklement. Er beginnt mit der „Offensive gegen das Kapital“, die fortgesetzt werden müsse, weil das Kapital zweifelloch noch nicht „niedergerungen sei“, worauf, — wie schla! — die „Einstellung“ der Offensive aus strategischen Gründen gefordert wird. Wir haben es hier mit nichts Geringerem, als dem aus den Kriegsberichten bekannten „strategischen Rückzug“ zu tun. Man dürfe, heißt es, von der „Einstellung“ der Offensive nur in Ausdruckszeichen sprechen. Die Lage der Bolschewiki sei die eines siegreichen Heeres, das haltmachen müsse, um neue Kräfte zu sammeln. „... eines siegreichen Heeres, das, sagen wir, dem Feinde die Hälfte oder zwei Drittel des Territoriums abgenommen hat und die Offensive einzustellen gezwungen ist, um Kräfte zu sammeln, die Vorräte an Kriegsmitteln zu erhöhen, die Ver-

die medizinischen Fakultäten der Deutschland feindlichen Länder an, dann könnte dies den Sieg der Wahrheit und Gerechtigkeit nur beschleunigen. Der Bericht der neutralen Ärzte wird von größter sittlicher Bedeutung sein. Er wird Deutschlands Feinde objektiv darüber aufklären, daß gegenüber der ungeheuren Not der 75 Millionen Völker Deutschlands und Österreichs die schnelle Behebung der Hungerblöde ein Gebot der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit ist. Deutschland will keine „Hilfsaktionen“, die seit Monaten angekündigt sind, und die von neuen und härteren Bedingungen abhängig gemacht werden und von Preisen, die für viele Millionen Armer unerschwinglich sind. Deutschland und Deutsch-Österreich können die Aufhebung der Hungerblöde verlangen, die es den armgewordenen Ländern ermöglicht, Nahrungsmittel für ihre hungernden Völker dort zu kaufen, wo sie am billigsten sind. In Norwegen lagern riesige Vorräte an Fischen, im übrigen Europa große Mengen Qualitäts-Nahrungsmittel, in den überseeischen ungeheuren Mengen von Brotgetreide, Fleisch, Reis und Ölfamen. Der Vorrat an Nahrungsmitteln ist seit 3 1/2 Monaten abgeschlossen; die 75 Millionen Völker Deutschlands und Deutsch-Österreichs sterben unter Hunger. Die große Not macht es zum Gebot der Menschlichkeit, schnelle Hilfe nicht an Zahlungsbedingungen scheitern zu lassen und es Deutschland zu ermöglichen, vom Auslande Nahrungsmittel mit Arbeitswerten zu bezahlen und, soweit dies bei den ungeheuren Summen, die in Betracht kommen, nicht möglich ist, auf dem Wege des Kredits zu begleichen.

Die Ereignisse in Bayern.

Weitere Maßnahmen des Rätekongresses.

Wie schon gemeldet wurde, sind in München eine Reihe von Personen als Geiseln festgenommen worden. Darüber wurde auf dem Rätekongress mitgeteilt: Neben der Bewaffnung des Proletariats werden die Kreise entwaffnet, mit Waffen nicht umzugehen wissen. Wir haben Geiseln festgenommen; wir werden die Namen nicht bekannt geben, damit die Leute nicht zu sehr erregt werden (Zuruf: Namen nennen!), darunter befindet sich Krefz v. Krefzenstein und der Altsächsische Lehmann. Wir haben dafür gesorgt, daß 50 Offiziere auf der Höhe der Geiseln im Voraus stehen. Wenn irgend etwas passiert, was der Revolution nicht dienlich ist, so werden sämtliche 50 geholt. Diese 50 bürgen dafür, daß die Studenten endlich von ihrer eblen politischen Taktik, die keine Taktik ist, ablassen. Die Geiseln werden anständig behandelt. Die Leute werden in dem Moment erschossen, in dem irgend ein Revolutionär: von reaktionärer Körperberührung fällt. Wenn ein Revolutionär heute fällt, werden zehn Krefz v. Krefzenstein erschossen. Weiter wurde der Belagerungszustand über München verhängt und die Polizeistunde auf 7 Uhr festgesetzt, damit die Leute einmal Ruhe haben vor Kinnlöcher usw. Der Belagerungszustand wird auch weiterhin aufrecht erhalten, es soll höchstens dafür gesorgt werden, daß vom 1. März ab die Polizeistunde auf 9 Uhr festgesetzt wird, damit Versammlungen möglich sind und die Arbeiter sich aussprechen können.

Im Münchner Rätekongress teilte der bekannte anarchistische Schriftsteller Gustav Landauer u. a. mit: Es werde dafür gesorgt werden, daß durch die Presse gute Dinge dem ganzen Volk mitgeteilt werden. Es werde religiöse Aufklärung — mancher werde sagen „gottlos atheistisch“ — im Bayerischen Kurier (dem katholischen Zentrumsblatt) erfolgen, in den kapitalistischen Blättern würden radikal-sozialistische Aufsätze erscheinen. Genau wie in der Presse jegliche Meinung dem Publikum zu Ohren kommen müsse, genau so solle künftig in den Kirchen abwesend jede Meinung zur Geltung kommen.

Die Kämpfe in Kurland.

* Aus Riga wird gemeldet: Die Stadt Windau wurde durch einen gleichzeitigen Angriff auf der Land- und Seefronte von den reichsdeutschen Truppen und deutsch-baltischen Landwehrformationen nach heftigem Kampf eingenommen.

Eine neue Aera des amerikan. Volkes.

* Am 26. Februar, abends fand, lt. Reuters, in Washington eine Kabinetsitzung statt. Ein paar Stunden später sagte der Marinefretär Daniels in einer Rede im nationalen Presseklub, das amerikanische Volk trete in eine neue Aera ein. Es müsse entweder den vorgeschlagenen Völkerverbund unterliegen oder seine Nützlichkeiten enorm vermindern, um der Monroe-Doktrin die amerikanische Interessen zu schützen. „Wir müssen unseren Teil der Verantwortlichkeit für die Weltgerechtigkeit und den Weltfrieden in Gemeinschaft mit den anderen freien Völkern auf uns nehmen, oder die Leiden der militärischen Ausgaben und die Gefahren tragen, die der Militarismus mit sich bringt.“

bindungslinien auszubessern und zu verstärken, neue Magazine zu errichten, neue Reserven heranzubringen usw. Die Einstellung der Offensive eines siegreichen Heeres unter ähnlichen Verhältnissen erscheint gerade im Interesse der Eroberung des übrigen Territoriums vom Feinde, d. h. im Interesse eines vollständigen Sieges, notwendig.“

Wer spricht? Der Generalmajor Blum? Nein, Lenin!

Sogar die Terminologie, die bei der Erörterung der berühmten „Eintreibung“ üblich war, finden wir wieder. „Der imperialistische Ring, der uns zusammenpreßt, wird von der proletarischen Revolution gesprengt werden“, verspricht Trotski. So viel von der Strategie. Aber es gibt auch die Taktik. Die Bolschewiki haben sie nicht außer acht gelassen. Die bolschewistische Taktik genügt, was Gerissenheit und Unbedenklichkeit anbelangt, den strengsten Anforderungen...

Die Mentalität der Bolschewiki bezeichnet, kurz und gut, die 10. der bereits erwähnten Thesen über die Sozialrevolution, und deshalb siehe sie hier als das Schlüsselwort einer Betrachtung, über die ein Bolschewiki, wie immer: mit Recht, äußern könnte, ich hätte nach vier Kriegsjahren den Krieg erndtet. Diese These lautet:

„Der Sinn der proletarischen Diktatur besteht also folgendermaßen im permanenten Kriegszustand gegen die Bourgeoisie. Es ist also ganz klar, daß alle, die über „Gewalttaten“ der Kommunisten schreiben, vollkommen vermissen, was eigentlich Diktatur heißt. Die Revolution selbst ist ein Akt der „rohen Gewalt“. Das Wort Diktatur bedeutet in allen Sprachen nichts anderes, als Gewalttätigkeit. Wichtig ist hier der Klasseninhalt der Gewalt. Damit ist die historische Rechtfertigung der revolutionären Gewalt gegeben. Es ist auch ganz klar, daß je schwieriger die Lage der Revolution ist, um so schärfer die Diktatur sein muß.“

Klar wie eine Straßenlaterne! Ich erwarte die Gründung bolschewistischer Kadettenhäuser. Ich erwarte die Gründung einer bolschewistischen Kriegsschule. Die Generäle können bleiben, wie sie sind. Zu ändern wäre nur der Klasseninhalt der Gewalt. Militarismus und Imperialismus haben nur die Farbe zu wechseln oder sagen wir: die Kundschafft. Ludendorff braucht sich um die Änderung seiner Mentalität nicht im geringsten zu bemühen. Der Teufel braucht nur die Wohnung zu wechseln, um als ein Heiliger zu gelten.

Badischer Teil.

** Für die Bewertung von freiverdendem Seeresgut bestanden bisher in Baden zwei staatliche Verwaltungsstellen, und zwar für die Bewertung der Gegenstände des täglichen Bedarfs die „Abteilung Bewertung“ beim Ministerium für Ernährungswesen und für die Bewertung der vorwiegend für den gewerblichen Bedarf in Betracht kommenden Gegenstände die „Abteilung für entbehrliches Seeresgerät“ beim Landesgewerbeamt. Um eine engere Verbindung dieser beiden Stellen, deren Tätigkeitsgebiete vielfach ineinander übergreifen, zu erreichen, wurden diese beiden Stellen nunmehr räumlich unter der Bezeichnung „Badisches Bewertungsamt“ vereinigt. Das Bewertungsamt besteht aus zwei selbständigen Abteilungen, von denen die Abteilung I die Bewertung der Gegenstände des täglichen Bedarfs, die Abteilung II die Bewertung der Gegenstände des gewerblichen Bedarfs bearbeitet. Das Bewertungsamt wird von den bisherigen Vorständen der aufgelösten Verwaltungsstellen geleitet.

Die Geschäftsräume des Bad. Bewertungsamts befinden sich in Karlsruhe, Stefanienstraße 51; Telegrammanschrift „Bewertung“, Fernsprecher für die Abteilung I Nr. 5074, 5075, 5076, für die Abteilung II Nr. 5078. In dem gleichen Gebäude ist auch die „Zweigstelle Baden des Reichsbewertungsamts“, Fernsprecher Nr. 5077, untergebracht.

Zur Vertretung der badischen Interessen beim Reichsbewertungsamt wurde Regierungsrat Karl Becker als badischer Bevollmächtigter bestellt. Soweit es sich um den Erwerb von Seeresgut aus außerbadischen Beständen handelt, steht den beteiligten Kreisen frei, sich unmittelbar an den Genannten zu wenden. *

Ernennungen, Beförderungen, Zurufbeförderungen u. der etatmäßigen Beamten der Gehaltsstarifabteilungen H bis K sowie

Ernennungen, Beförderungen u. von nichtetatmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums der Justiz.

Ernennungen auf Ansuchen: Bureauassistent Leopold Selz beim Rotariat Weersburg.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Innern.

Landesgewerbeamt. —

Ingenieur wurde: Gewerbelehrerandaband Christian Gähler in Karlsruhe als Ausführl. Lehrer der Gewerbebeschule bestellt.

Aus dem Bereiche des Ministeriums der Finanzen.

— Zoll- und Steuerverwaltung. —

Etatmäßige, angeheilt:

der Steuererheber Franz Lorenz in Reutershäusern als Steuerernehmer,

der Steuernaufseher Albert Jantetsch in Altdorf.

Verlegt:

der Bureauassistent Hugo Schermermann in Neckarhörsheim zum Steuerkommissar für den Bezirk Lauda,

der Bureauassistent Joseph Heilig in Lauda zum Steuerkommissar für den Bezirk Baden,

der Zollbeamter Robert Rüdiger in Billingen zum Nebengolamt II Weil.

Ernennungen auf Ansuchen:

der Steuererheber Joseph Wemann in Gombach,

der Steuererheber Johann Engelhard Steinhilber in Aue, unter Anerkennung seiner langjährigen, treugeleisteten Dienste: des Steuererhebbers Wilhelm Heiß in Haag.

Erstirbt:

am 13. Januar 1919: der Steuererheber Bernhard Graf in Duchslingen,

am 22. Oktober 1918: der Steuererheber Joseph Buchholz in Hardheim.

Doch dies alles dreht sich um die Theorie, dreht sich im Kampf um die Theorie, den man Bolschewiki nennt. Die Theorie ist eine gute Sache, vor allem eine notwendige. Fast so unentbehrlich wie Sonne und Sterne für die Schiffahrt und sicher so unentbehrlich wie Raufe und Gewichte für jede Berechnung. Immerhin — wie man mit dem gleichen Zeug zu einer so sehr verschiedenen Melodie sagt — man könnte glücklich sein ohne sie. Ohne die Theorie. Die Bolschewiki könnten Wunderdinge verrichten ohne eine paragrafenreiche Lehre, die mit dem Kommetenschein so unentbehrlichen Kommentare ihr geistiges Firmament belebte. Sie könnten Wunderdinge verrichten ganz allein mit dem Glauben, und ohne lange zu fragen und ohne viel zu erklären, und sich damit begnügen, daß sie ihren Weg gingen durch die lange Allee heller Geister, womit löpferlich befreite Slaven zu ihrem Heil illuminierten, und auch vieler, die höher strahlten, weil Freiheit die Herzen mit einem bisher ungeahnten Licht erfüllte. Es hat nie einen Heiligen gegeben, der dem Bürger nicht als ein Narr erschienen wäre, und die so aufgestellten Genies der alten wie der neuen Welt zusammen, hatten nur ein Wort für den Heiligen und den Wahnsinnigen. Die Bolschewiki haben keinen Glauben, sie detrieren und füßleren in kalter Tobsucht. Sie können keinen Glauben haben, weil sie nicht lieben. Sie sind Hasser: Pratorianer des Proletariats in seinem Massenwahn, die Kofaten des Sozialismus, die Klammernwerfer der Internationalen, die Derwische einer Wirtschaftslehre. Nein, für mich bedeutet der Sozialismus das Gegenteil einer Klassenherrschaft, nämlich die endgültige Auflösung der „Klassen“ in jener Gemeinschaft von unergründlicher Tiefe, die Nietzsche mit seinem Wort von den „Griechen das träumenden Homer und Homer als einem träumenden Griechen“ angedeutet hat. Worin der Arbeiter aufgehört hat, ein Proletarier zu sein, und ein lebendiges Stück Arbeit selbst ist und, wenn auch nur mit einer winzigen Handreichung an der Maschine, nicht nur das Symbol der „Produktion“, sondern jeder für sich und die ganze Gesellschaft, die schaffende Natur selbst, der Mensch selbst die Arbeit, die Arbeit aller, der ungehemmte, leicht strömende Blutlauf alles dessen, was auf unserm Planeten Menschenantrieb trägt. Ich bin für jeden Sozialismus, den ich auf dem Weg, dem langen Weg dahin vermute. Die Bolschewiki sprengen, allein durch ihre Mentalität, schon die ersten Brücken auf dem Weg, sie massifizieren schon nach den ersten Schritten mit ihrer wissenschaftlichen

Aus dem Bereiche des Verkehrsministeriums.
— Staatsseifenfabrikverwaltung. —

Zurubegeleit:

Wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung ihrer langjährigen treuen Dienste:
Wagenausreiber Jakob Kimmann in Mannheim,
die Bremser Sigmund Kühle in Karlsruhe und Ferdinand Bräunlich in Karlsruhe,
Wahndiener Joseph Schuckeburger auf Wackhof 147 der Schwarzwaldbahn;

Wegen lebender Gesundheit, unter Anerkennung ihrer langjährigen treuen Dienste:
Kasernenführer Anton Blos in Freiburg,
Bremser Karl Kehler in Basel,
Kasernenführer Georg Dabé in Mannheim,
Bremser Johann Fackel in Karlsruhe;

Wegen lebender Gesundheit:

Wahndiener Johann Gaus in Heilbronn;
bis zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit:
Betriebsassistent Karl Wemede in Mannheim,
Bremser Heinrich Bader in Karlsruhe,
Bremser Andreas Schutz in Karlsruhe,
Schirmmann Julius Kappeler in Mannheim

Entlassen:

Eisenbahngehilfen Amalie Pfeiler in Karlsruhe (auf Ansuchen),
Wahndiener Johann Jost in Karlsruhe (auf Ansuchen),
Kasernenführer Adolf Knab in Karlsruhe (auf Ansuchen),
Schirmmann Corblan Armbruster in Billingen,
Bremser Johann Kappel in Mannheim.

Gezogen:

Bremser Johann Bels in Billingen am 15. Oktober 1918,
Kasernenführer Albert Meier in Billingen am 20. Oktober 1918,
Wahndiener Johann Schneider auf Wackhof 17 der Harzbahn am 26. November 1918,
Kasernenführer Heinrich Wör in Karlsruhe am 25. November 1918,
Wahndiener Joseph Wossmann in Baden-Döb am 29. November 1918,
Bremser Joseph Knaus in Randa am 29. November 1918,
Kasernenführer Julius Köhler in Basel am 1. Dezember 1918,
Schaffner Friedrich Schaller in Waldshut am 5. Dezember 1918,
Bremser Sebastian Klein in Mannheim am 6. Dezember 1918,
Kasernenführer Adam Brenner in Müllersheim am 23. Dezember 1918,
Bremser Joseph Jordan in Waldshut am 23. Dezember 1918,
Kasernenführer Johann Beller in Singen (Hohentwiel) am 24. Dezember 1918,
Wahndiener Emil Kette in Sagsfeld am 24. Dezember 1918,
Bremser Heinrich Wack in Karlsruhe am 2. Januar 1919,
Betriebsassistent Heinrich Bohmann in Heilbronn am 6. Januar 1919.

Aufgefundenes Geld. Es wurde aufgefunden: Im Januar: am 26. auf dem Bahnhof in Heidelberg ein Taschentuch mit 160.20 M.; am 29. auf Dampfboot „Fähringen“ der Betrag von 5 M., abgeliefert in Konstanz; am 29. auf dem Bahnhof in Waldshut ein Geldbeutel mit 18.12 M.; am 30. im Zug 15 eine Handtasche mit 9.18 M., abgeliefert in Heidelberg. — Im Februar: am 1. auf dem Bahnhof in Waldshut ein Geldbeutel mit 11.58 M.; am 1. auf dem Bahnhof in Freiburg ein Taschentuch mit 12 M.; am 1. im Zug 759 eine Handtasche mit 2.46 M., abgeliefert in Karlsruhe; am 1. auf dem Bahnhof in Heidelberg ein Geldbeutel mit 6.73 M.; am 2. auf dem Bahnhof in Heidelberg ein Mappchen mit 70 M.; am 2. auf dem Bahnhof in Billingen ein Geldbeutel mit 5.01 M.; am 4. auf dem Bahnhof in Randa ein Mappchen mit 81.50 M.; am 5. im Zug 265 ein Geldbeutel mit 4.32 M., abgeliefert in Hausach; am 6. auf dem Bahnhof in Randa der Betrag von 10 M.; am 6. auf dem Bahnhof in Singen ein Geldbeutel mit 2.81 M.; am 7. im Zug 1830 ein Geldbeutel mit 13.40 M., abgeliefert in Pfalldorf; am 9. auf dem Bahnhof in Wolfach der Betrag von 10 M.; am 9. auf dem Bahnhof in Freiburg-Brisgau der Betrag von 20 M.; am 11. im Zug 310 ein Geldbeutel mit 25.77 M., abgeliefert in Eppingen.

Haushaltsausschuss der badischen Nationalversammlung.

Der Haushaltsausschuss der badischen Nationalversammlung befasste sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Kreditvorlage in Höhe von fünf Millionen für Notstandsarbeiten im Lande. Die Vorlage wurde angenommen. — Zu der Frage der infolge von Plünderungen entstandenen Personenschäden wurde von Regierungssseite erklärt, daß das Sachse des Reiches sei. Eine Vorentscheidung für Sachschäden in der gleichen Frage sei von der badischen Regierung bereits schon früher zugestanden worden.

Der Ausschuss genehmigte sodann den Antrag zum Staatsvoranschlag für das Budget 1918/19. Eine Petition zum Eisenbahnen Meintal—Gellingen—St. Blasien wurde infolge der

Barbarei die Achtung vor dem Menschen samt allen andern geistigen Tugenden, ohne die wir nie eine Abereinrichtung der weisen, geschweige denn die Gemeinsamkeit erreichen. Die Volkshemil könnten in der Theorie zehntausendmal recht haben, ich ginge nicht mit ihnen, ich könnte nicht mit ihnen gehen, selbst wenn ihre Theorie nicht nur richtig, sondern die einzig richtige wäre. Ich ginge nicht mit ihnen, weil sie gegen die Menschen gehen.

Lenin, als der Militant, der er ist, übt die willkürlichste, die grausamste Form der Verbannung, die Vernichtung. Dieses Wort wimmelt in seinen Schriften und springt aus jedem dritten Satz seiner Reden: Unterdrückung, Ausrottung, Vernichtung. Immer dasselbe Wort. Er kann sich nicht genug tun damit. Er tanzt das Feuer mit ihm und streut Redensarten aus, als ob er säte. Wenn man ihn läßt, wird er nicht ruhen, bis von diesem Feuer die Welt brennt. Bis er auf dem römischen Hügel steht, bis der Schein der übermenschlich aufgeschossenen Feuerfaat den Himmel frist, sehr hoch dort steht, aber nahe genug der Galerie, um von einem Literaten das Stichwort zu empfangen: Quails artifex pereat!

In Lenin und seinen Freunden raft der Krieg ideell in seiner ganzen Erbarmungslosigkeit weiter. Es ist die neueste, wohl kaum die letzte Phase der Gewalt und nicht einmal die vorletzte Phase der Liquidation, in die alle Welt im August 1914 eingetreten ist.

Die Kriegsfade von 1914, sie ist auch die Kriegsfade und Waffe der Bolschewiki. Sie haben sie ergriffen, als sie der schwach gewordenen Hand des Gegners entfiel, und sie haben sie gegen ihn gefehrt. Nun stößt blindwütig nach oben, was jahrtausende lang blindwütig nach unten stieß: rücksichtsloser Kampf um die Macht und Behauptung der Macht. Rucksichtsloser Freiheitskrieg mit Repressalien, Prozeffionen und Kirchengang. Der Kirchengang ist marxistisch, die Prozeffionen erweisen sich als so auffärend, wie ein guter, notgedrungen summarischer Volksunterricht sein kann, und ohne Repressalien läßt sich offenbar kein Krieg führen, nicht einmal ein Freiheitskrieg, nicht einmal einer, der von allen bisherigen Freiheitskriegen vielleicht am Besten seinen Namen verdient.

schweren Finanzlage des Landes für undistutabel erklärt. Der Nachtrag zum Staatsvoranschlag enthält die Anforderungen für die Feuerungszulage an Staatsbeamte und Arbeiter.

Die Aenderung der Gemeinde- und Städteordnung.

Der Justizausschuss der badischen Nationalversammlung nahm gestern seine Arbeiten auf. Zunächst wurden die Berichte über die eingegangenen Gesetzentwürfe verteilt. In Vertretung für den durch Krauserfall verhinderten Abg. Strobel, erstattete Abg. Straub Bericht über die Aenderung der Gemeinde- und Städteordnung, dem sich eine kurze Aussprache anschloß. Der Charakter des Gesetzes als „Notgesetz“ wurde wegen der dauernden Gültigkeit der Bestimmungen über die Wahlen bestritten. Von mehreren Seiten wurde der Gedanke angeregt, die an sich hohe Zahl der Stadt-(Gemeinde-)Verordneten, die sich durch den Zutritt der Frauen noch vermehren wird, herabzusetzen, dagegen in den Gemeinden die Zahl der Gemeinderäte zu erhöhen. Aber den Wohnsitzbegriff und passives Wahlrecht der Gemeindebeamten wurde von einem Regierungsvertreter Austausch gegeben. Über den Wohnsitz des Wählers entscheidet der Begriff des bürgerlichen Wohnsitzes nach dem W.G.B. Zur Erfüllung der Dienstpflicht dienende Soldaten, nicht volljährige Studenten außerhalb des Wohnsitzes der Eltern, sind danach nicht wahlberechtigt. Das passive Wahlrecht der Gemeindebeamten der Städteordnungsstädte sei von der Regierung nach reiflicher Überlegung abgelehnt worden. Sie beruft sich dafür auf die Ausführungen des Mannheimer Oberbürgermeisters Küger. Der bei den Erneuerungswahlen 1911 beobachtete Mangel, daß noch im Amt befindliche Gemeinderäte nicht in die Wahllisten des Ausschusses aufgenommen werden konnten, ist jetzt vermieden. Den Anträgen des Verbandes mittlerer Städte auf Ergänzung der Bestimmungen über Pensionsansprüche im Falle der Nichtwiederwahl des obersten Vollzugsorgans nach über neunjähriger Dienstzeit konnte nicht von der Regierung entsprochen werden.

Das Gesetz soll nach übereinstimmendem Wunsche möglichst beschleunigt werden, so daß die Wahlen noch im März stattfinden können. Die großen Städte wünschen im Interesse der Aufstellung möglichst genauer Listen — die Parteiliste von sechs Monaten bedarf jeweils der Prüfung — eine etwas längere Frist. — Eine eingehendere Debatte erfolgt erst nach Stellungnahme der Fraktionen zu dem Entwurf.

Rudolf von Freydorf.

Heute jährt sich zum hundertsten Male der Geburtstag des ehemaligen badischen Justizministers Rudolf von Freydorf, der am 28. Februar 1819 als Sohn des badischen Kriegsministers Karl Wilhelm Eugen von Freydorf geboren worden war. Sein Eintritt in den badischen Staatsdienst vollzog sich, als die Sturmtage 1848 ihre Schotten voranwarfen. Als dann die badische Regierung den Volkswünschen des Jahres 1848 Entgegenkommen zeigte, trat Rudolf von Freydorf, gleich seinem Vater, vom Amte zurück und siedelte nach Mannheim über. Hier kam er am 21. Juni 1849 mit Mitgliedern der Mannheimer Bewegung aus und bewirkte, daß die Stadt von preussischen Truppen besetzt wurde. Wenige Jahre nach der Revolution trat er wieder in den badischen Staatsdienst über und war 1852 in dem Konflikt zwischen Staat und Kirche mit der Aufgabe betraut, die gerichtliche Verfolgung einer Reihe von Kirchenbüchern zu leiten, wurde aber bald wieder abberufen. Freydorf war dann zunächst Staatsanwalt in Mannheim, dann im Justizministerium Mitarbeiter an der Reform der badischen Justizgesetzgebung. In den folgenden Jahren wurde er als Minister des Auswärtigen bei den Waffenstillstandsverhandlungen 1866 und 1871 mit der Vertretung Badens beauftragt. Bei der Vereinigung der bestehenden staatsbehördlichen Organisationen wurde von Freydorf an die Spitze der Ministerien des Groß, Landes, des Auswärtigen und der Justiz gestellt. Auch dem badischen Landtag gehörte von Freydorf als Vertreter der Stadt Durlach an. Am 18. November 1882 setzte ein Herzschlag seinem Leben ein Ende. Seine Gattin Alberta von Freydorf lebt heute in voller Rüstigkeit in Karlsruhe.

Kurze Nachrichten aus Baden.

B.C. Mannheim, 27. Febr. Der „Mannheimer Tagbl.“ teilt mit, daß der Arbeiter Georg, der den Kommerzienrat Dr. Karl Reuther ermordete, einer neuer Verbrechen ist, der bei den Ausschreitungen am Samstag aus dem Landesgefängnis befreit wurde. — Die Ehefrau Emil Grunert, die tot im Abort ihrer Wohnung aufgefunden wurde, ist auf ganz bestialische Art niedergemacht worden. Der Mörder hatte sein Opfer durch 46 Messerstiche getötet. Er ist bekannt, bei dem gegenwärtig herrschenden Durcheinander konnte er aber noch nicht ergriffen werden.

B.C. Heidelberg, 27. Febr. Der Bürgerausschuss hat den städtischen Voranschlag gestern angenommen. Die Umlage mußte von 37 auf 40 Pf. erhöht werden. Weiter nahm der Bürgerausschuss einen Antrag an auf Erhöhung der Luftbarkeitssteuerordnung. Darnach soll bei privaten Luftbarkeiten die Besteuerung statt bei 24 schon bei 12 Teilnehmern eintreten. Endlich wurde noch die Erhöhung der Gas- und Strompreise und des Wasserpreises genehmigt. Stadtverordneter Rohrbuch gab die Anregung an die begüterten Bürger der Stadt, sie möchten als Heidelberger Denkmäler den Krieg auf dem Hofhofe ein Kindererziehungsinstitut errichten.

oc. Offenburg, 27. Febr. In der Bürgerausschussitzung wurden 60 000 M. für die Elektrizitätsversorgung der Gemeinden Pellenbach, Zell-Weierbach, Rammersweier und Durbach bewilligt. Ferner wurden die Gas- und Strompreise erhöht und die Rabatte für Großabnehmer gestrichen. Für Notstandsarbeiten bewilligte der Bürgerausschuss 153 000 M. Von Interesse war die Mitteilung des Oberbürgermeisters, daß esch-Lothringische Industrielle beabsichtigen sich in Offenburg neu anzusiedeln. Wie verlautet wird beabsichtigt für eine Million Mark Industriegelände zur Verfügung zu stellen.

B.C. St. Georgen i. Schw., 27. Febr. Von ungenannter Seite sind der Stadterwaltung 20 000 M. zugangenen mit der Bestimmung, daß das Geld zu gemeinnützigen Zwecken verwendet werden möge. Die Stadtgemeinde glaubt, den Willen des Spenders in der Errichtung eines Volkshauses zu erfüllen, daß jedermann zugänglich sein soll.

Aus der Landeshauptstadt.

Die Karlsruher Gruppe des Vereins für das Deutschtum im Ausland hat folgende Kundgebung in einer Versammlung angenommen:

1. Der Anschlag Deutsch-Osterreichs an das Reich ist eine weltgeschichtliche Notwendigkeit. Auf die Dauer kann ihn keine Macht der Welt verhindern.
2. Zu Deutsch-Osterreich gehören Deutsch-Böhmen und Deutsch-Schlesien untrennbar. Wir erheben den heftigsten Einspruch gegen die Vergewaltigung der Deutsch-Böhmen durch die Tschechen.
3. Wir verlangen, daß das Selbstbestimmungsrecht auf alle

Deutschen im Ausland angewendet wird, solange es für Nichtdeutsche gilt.

4. Wir Deutsche vom Rhein und Schwarzwald heißen die Stammesbrüder im Donau- und Alpenland herzlich willkommen.

Verschiedenes.

Eine Unterredung mit Frau Ebert.

Aus einer Besprechung mit der Gattin des ersten deutschen Reichspräsidenten, Frau Luise Ebert, weiß ein Berichterstatter des „Berliner Lokalanzeigers“ folgendes zu erzählen: Erst vor etwa vierzehn Tagen ist die Familie des Präsidenten Ebert aus ihrer Wohnung draußen im Südosten Berlins, aus der Treptower-Rosengartenstraße, ins Reichsamt des Innern übergesiedelt. Sie hat dort glänzende Räume bezogen, die der verflorenen Minister Bethmann-Hollweg, Delbrück und Helfferich, und zuletzt des Vizelandes v. Payer Dienstwohnung waren. Die Familie Ebert behält sich nach wie vor obse Dienstboten. Frau Luise Ebert, geb. Kump, eine schlichte Arbeiterstochter aus Melchorshausen bei Bremen, die wie ihre Angehörigen durchaus „Klassenbewußt“ fühlt, schent sich gar nicht, dem Besucher treuherzig zu versichern, daß ihr jede Hausarbeit recht sei. Sie pflege noch heute selbst Kohlen aus dem Keller zu holen. Die mittelgroße, schlanke Frau, die trotz ihren 45 Jahren im schwarzen, selbstgefertigten Kleid noch recht mädchenhaft wirkt, sieht der kommenden radikalen Umwälzung ihres Haushalts mit fatalistischer Gelassenheit entgegen. Sie und ihr ältester Sohn Fritz, der dem Vater aus dem Gesicht geschnitten ist, scheinen freudig zu ahnen, daß die Repräsentationspflichten, die ihr harren, nicht leicht sein werden. Ob die fabelhafte Standeserhöhung gebührend gefeiert wurde, möchte der Besucher wissen. „Wir haben bei guten Freunden eine Flasche Wein ausgeschieden“, sagte Frau Ebert lächelnd. „Ein paar Glückwunschkarten kamen und einige Briefe. Ein Freund sandte einen herrlichen Blumenkorb. Das war alles.“ Man hört einige Familiendaten. Fritz Ebert jun., heute vierundzwanzigjährig, lernte das Buchdrucker- und ist jetzt Journalist. Der zwanzigjährige Karl wurde erst dieser Tage aus dem Militärverhältnis entlassen. Frau Luise Ebert, 19 Jahre alt, hat, seitdem der Vater in der „Reichsregierung“ ist, ihre bisherige Tätigkeit in einem Geschäft aufgegeben. Frau Luise erzählt, daß ihr Mann in den neunziger Jahren hart hat kämpfen müssen, um sich und die Seinen vor den bittersten Sorgen zu schützen. Er war damals in Bremen hinkereinander Lokalreporter, Bäckergehilfe, Putz- und Gastwirt, und als wenn Mutter und Sohn einen unersichtbaren Vorwurf von sich abwehren wollten, betonen sie mit fast nichttrauriger Strenge immer wieder, daß sie aus dem Arbeiterstande stammen und nie etwas anderes sein und bleiben werden als Arbeiter. „Ich weiß“, meint Frau Ebert, die ein gemildertes Deutsch spricht, „daß wir auf Angriffe von rechts und links gefaßt sein müssen, und die von ganz links dürften die schlimmsten sein. Man wird uns vorwerfen, wir streben aus der Schicht heraus, in der wir wurzeln. Aber das wird nie der Fall sein; wir bleiben Klassenbewußt, was aus kommen möge.“

Die Frau Präsidentin erzählt von ihren gefallenen Söhnen, und ihre Augen werden nach der neunzehnjährigen Tochter Heinrich, die vor zwei Jahren in Magede an den Folgen einer schweren Verwundung; der andere, Georg, blieb im gleichen Jahre am Chemin des Dames. Der Reichspräsident hat wie hunderttausende deutscher Väter schweren Mutzall aus Vaterland entrichten müssen. Der „Lokalanzeiger“ Mann beiste sich, Frau Ebert von ihren herben Erinnerungen abzulenken, plauderte von kommenden „großen“ Dingen, von Palast, Zeremonienmeister, Hausmarschall, Hofstaat und Küchenchef, von Staatsempfangen u. dgl. „Ich habe bis heute alle Kleider selbst geschneidert“, meinte die Frau Präsidentin, und Ebert junior bestätigte die mütterliche Rüstigkeit voll Stolz. Aber Frau Luise ahnt schon jetzt, daß die Toilettenfrage künftig wohl einen anderen „Zuschuß“ bekommen werde. Im übrigen erscheint die Zukunft noch ganz unwirklich, „märchenhaft“; sie und die Jhrigen lassen alles an sich herankommen. Der Hausvater weilt im fernen Weimar und hat zunächst keine Zeit gefunden, zu schreiben. Im neuen Heim fühlt sich die Familie recht behaglich. Gegen das Schloß Bellevue, das als ihr künftiges Domizil genannt wird, befindet die Frau Präsidentin eine deutliche Abneigung. Es ist ihr zu imposant.

Staatsanzeiger.

Mit Entschlieung des Ministeriums des Innern vom 25. Februar d. J. wurde Revisionsassistent Pfister beim Bezirksamt Billingen an jenes in Eitenheim veretzt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat veretzt: unterm 30. Oktober 1918 den Eisenbahnsekretär Sigmund Siekiersky in Karlsruhe nach Durlach,

unterm 25. Januar 1918 den Eisenbahnsekretär Karl Deninger in Karlsruhe nach Singen (Hohentwiel) und

unterm 11. Februar d. J. den Eisenbahnsekretär Friedrich Achstättler in St. Ugen nach Graben-Neudorf.

Indem wir auf die Bekanntmachung des Ministeriums für Übergangswirtschaft und Wohnungsvesen vom 11. Februar 1919 Staatsanzeiger Nr. 37 vom 12. Februar 1919 Bezug nehmen, bringen wir nachstehende Bekanntmachung des Reichs, amts des Innern zur öffentlichen Kenntnis.

Karlsruhe, den 26. Februar 1919.
Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
P f i s t e r e r. Dr. Lentz

Bekanntmachung
betreffend Anmelbung der in Belgien und Frankreich beschlagnahmten Betriebseinrichtungen.

Nach § 1 der Verordnung über Rückgabe der in Belgien und Frankreich beschlagnahmten, nach Deutschland überführten Betriebseinrichtungen vom 1. Februar 1919 — Reichs-Gesetzbl. S. 143 — müssen die Eigentümer, Besitzer und Gewahrsamhaber ihre Anmeldungen der Reichsentschädigungskommission spätestens bis zum 20. Februar 1919 einreichen. Die Verhandlungen, welche dem Feindbund über Form und Inhalt der Anmeldungen haben gepflogen werden müssen, sind noch nicht abgeschlossen. Infolgedessen ist die sachgemäße Erledigung der Anmeldungen innerhalb der vorgesehenen Frist nicht mehr möglich. Das Reichsamt des Innern bereitet den Erlaß eines Gesetzes vor, durch welches die Anmeldefrist verlängert werden soll und hat die Bundesregierungen ersucht, die Staatsanwaltschaft anzuweisen, mit Rücksicht auf die zu erwartende gesetzliche Fristverlängerung wegen Nichtbeachtung der am 20. Februar ablaufenden Frist nicht einzuschreiten. Es empfiehlt sich, auf weitere Anordnung von der Anmeldung abzusehen.

Privat Pädagogium Karlsruhe

führt bis Abitur (auch Mädchen) jeder Mittelschule. — Dürftige, Kriegerwaisen schulefrei. — Empfehlungen im Prospekt. — Wiehl, Besitzer (1892/07 Mitvorstand am Institut Fecht).

Statt besonderer Anzeige.

Heute verschied nach langem, schweren Leiden, das er sich im Felde zugezogen hatte, mein lieber Mann, der treubesorgte Vater meines Kindes, unser lieber Sohn, Bruder, Schwiegersohn und Schwager

Herr Gerichtsassessor
Kurt Roßhirt
 Oberleutnant der Reserve
 Inhaber des Eisernen Kreuzes II. und I. Klasse, des Ordens vom Zähringer Löwen II. Klasse mit Schwertern.

Lahr, Karlsruhe, Engelberg, den 27. Februar 1919.

In tiefer Trauer:
Elisabeth Roßhirt geb. Pfeiffer und Kind,
Anna Roßhirt geb. Bohrmann,
Hedda Wipfler geb. Roßhirt,
 Geh. Regierungsrat **Pfeiffer** und **Frau**,
Dr. Adolf Wipfler, Chemiker,
Herrmann Pfeiffer, Leutn., z. Zt. interniert.

Die Beisetzung findet Sonntag den 2. März, 3 Uhr, von der Friedhofskapelle in Lahr aus statt.
 Von Beileidsbesuchen bittet man abzusehen.

Städtische Festhalle — Karlsruhe i. B.
 Art Oberammergauer
Passions-Festspiele

unter Leitung u. Mitwirkung der berühmten Christus- und Judasdarsteller Ad. u. Gg. Faßnacht aus Bayern, sowie hervorragender Passionsdarsteller.

250 Mitwirkende. **250 Mitwirkende.**
 Auf eigens dazu erbauter großer Festspielbühne. Mitwirkung eines gemischten Chors von 150 Damen, Herren u. Kinder.

Sologesänge: Oratoriansänger Adolf Faßnacht, Tenor.

Spieltage: am 2., 4., 5., 6., 7., 8. und 9. März jeden Abend 7 Uhr Anfang. Außerdem am 2., 5., 8. und 9. März jeden Nachmittags 2¹/₂ Uhr.

Schüler und Begleitpersonen zahlen am 5. und 8. Nachmittags 2¹/₂ Uhr halbe Preise.

Preise der Plätze: Mk. 6.20, 4.20, 3.20, 2.20 1.60.

Vorverkauf der Karten in der Musikalienhandl. des Herrn **Fritz Müller**, Kaiserstr., Ecke Waldstr. Telefon 383. An der Abendkasse werden eine Stunde vor Beginn der Festspiele die noch vorhandenen Karten abgegeben.

Die Festspiele fanden zuletzt in Düsseldorf, Essen und Aachen mit großem Erfolg statt.

Anschluß der Züge nach der Aufführung nach allen Richtungen.

Geschäftsstelle der Passionsspiele, Festhalle.

Brenn-Holz

Buchen u. Eichen, 3 Straßen der Kopen, Jochen, Zannen Anfeuerholz, amtlich festgesetzte Preise. Das Holz wird auf Verlangen von 1 Zentner an aufwärts zugeführt. Ausgabestelle:
Gerwigstraße 53
Fr. Kempermann
 Telefon 5306
 Brennholzgeschäft, Spalterei und Eichenholzfabrik
 Galtstraße der ehemaligen Bahn am Schlachthof.

Suche größere Posten **schwarzen Tee** zu kaufen. Angebote nur mit Preis, **Brief, Vorname**, Schwabenstr. 81, Tel. 2541.

Ratschreiber-Gehilfe

28 Jahre alt, vollst. militärfrei, in allen Arbeiten d. Verwaltungs- u. Grundbuchwesens, sowie im Stenogramm, Masch. Schreiben u. Stenographie durchaus erfahren, sucht Stellung per sofort. Prima Zeugnisse zu Diensten. Offerten unter Gehaltsangebote unter G 86 an die Expedition d. Bl.

Deutsches Volk!

Die Sammlung des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz zugunsten seiner Gefangenenfürsorge wird am 28. Februar abends geschlossen.

Vom 1. bis 3. März einschließlich wird die Sammlung jedoch zugunsten der **Reichszentralstelle für Kriegs- u. Zivilgefangene in Berlin** weitergeführt.

Auch diese Organisation hat sich die Erleichterung des Loses unserer Kriegs- und Zivilgefangenen, ihre baldige Rückkehr und die Erleichterung des Übergangs in das Wirtschaftsleben zur Aufgabe gemacht. Auch sie hört den

Hilfeschrei unserer Kriegs- u. Zivilgefangenen

die in Feindesland noch immer in qualvoller Gefangenschaft schmachten, in hanger Ungewißheit, wann endlich auch ihnen die Stunde der Erlösung schlagen wird.

Oft ist während der bisherigen Kriegsjahre der Appell ergangen zu helfen und schmerzende Wunden zu heilen. Aber niemals war er nötiger, war er berechtigter als heute. Nie galt es, größere Leiden zu lindern.

Unsere Gefangenen haben ein Recht auf unsere Hilfe, sie haben ein Recht die Heimat anzufahren, wenn sie bei ihrem Liebeswerk verfaßt.

Darum gebt — rasch — und soviel wie möglich!

Unsere bisherigen durch Plakate kenntlich gemachten Sammelstellen nehmen sämtlich weitere Beträge entgegen, ebenso können auf das Postfach-Konto der Depot-Abteilung des Bad. Landesvereins für die Gefangenenfürsorge-Sammlung Nr. 17300 Karlsruhe Gaben überwiesen werden.

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz:

Der Ehrenvorsitzende:
 Max, Prinz von Baden.

Der Vorsitzende **Der Leiter d. Landesauschusses**
 des Gesamtverbandes: **der Bad. Gefangenenfürsorge:**
 General Limberger, Karlsruhe. Univ.-Prof. Dr. Partsch, Freiburg.

Der Vorsitzende der Depot-Abteilung:
 Dr. Stroebe, Karlsruhe.

Tapeten und Lincrusta
 in großer Auswahl.

Tapetierarbeiten werden sorgfältig und rasch ausgeführt. Eingang zum Tapetengeschäft Ecke Hebel- und Lammstraße.

Friedrich Hafner
 Tapetengeschäft.

Gummi-Schnuller-Sauger-Bettelagstoffe

empfiehlt
Joh. Unterwagner
 Badagist, Karlsruhe i. B., Kaiser-Wilh.-Halle 22-26.

Süddeutsche Aufzug- und Kranbauanstalt Göppingen

Aufzüge Krane

Kurze Lieferzeiten.

Empfehle mich zum Ankauf von **Offiziersuniformen, Wäsche, Schmucksachen aller Art** usw. Gest. Angebote erbitte

Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft
 Kronenstraße 52
 Telefon 3747.

Alten-, Altpapier, Zeitungen usw.
 unter Garantie des Einstampfens,
Frauenhaare, Männer schnitt- und Tierhaare
Metalle, Flaschen, Lumpen

kaufen zu höchsten Tagespreisen.

Größere Mengen werden abgeholt. Günstige Ablieferungsstelle für Sammler. 3-865

Zuschriften erbitte

Kerzner, Alpern, Weißmann & Co.
 Karlsruhe
 37 Amalienstraße 37 Fernsprecher 3729.

Bekanntmachung

Ziehung der zur Heimzahlung bestimmten Schuldverschreibungen des Kreisverbandes Freiburg vom Jahr 1879 betr.

Bei der am 10. Februar 1919 vorgenommenen Ziehung wurden folgende Nummern der zur Heimzahlung bestimmten Schuldverschreibungen des Kreisverbandes vom Jahr 1879 gezogen.

Lit. A zu 1000 M.: Nr. 16.
 Lit. B zu 500 M.: Nr. 18, 190, 87, 20, 263, 48, 82, 205, 42, 185, 144, 71, 153, 13, 15, 11, 84, 188, 155, 226, 243, 98, 237.
 Lit. C zu 200 M.: Nr. 82, 225, 171, 70, 136, 73, 156, 126, 92, 44, 218, 240, 13, 199, 15, 131.

Diese Schuldverschreibungen mit einem Nennwert von zusammen 15700 M. werden auf 1. September d. Js. zur Heimzahlung gelündigt. Von genanntem Tage ab werden keine Zinsen mehr bezahlt. Die Einlösung kann erfolgen gegen Rückgabe der betreffenden Schuldverschreibungen mit den dazu gehörigen Zinscheinen bei der Kreisstelle Freiburg, der Rheinischen Kreditbank in Mannheim und deren Filialen in Konstanz, Freiburg, Karlsruhe und Heidelberg.

Freiburg, den 21. Februar 1919.
 Der Kreisverband:
 Dr. Thoma. Späth.

Badisches Landestheater-Im Konzerthaus:

Samstag, den 1. März 1919 (4. Schülerliete-Vorstellung):
Zar und Zimmermann.
 Anfang 6¹/₂ Uhr Ende 9¹/₂ Uhr

Amtliche Bekanntmachung.

Pferderäude betr.

Unter dem Pferdebestand des Wilhelm Engel III. in Kettlingen i. B. die Räude ausgebrochen. 3.963

Karlsruhe, den 24. Februar 1919.
 Bezirksamt. D. 3. 64

Bürgerl. Rechtspflege u. Streitige Gerichtsbarkeit.

3.968. Heidelberg. Über den Nachlaß des am 28. November 1918 verstorbenen Hoteliers Philipp Mühsamen in Heidelberg wurde heute am 27. Febr. 1919, vormittags 9¹/₂ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwält Dr. Walter Degen in Heidelberg ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis 19. März 1919 bei dem Gericht anzumelden. Es ist zur Befriedigung der Gläubiger ein Gläubigerausschuß und einretretende falls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen Termin vor dem diesseitigen Gericht, Zimmer 2 anberaumt auf Donnerstag, 27. März 1919, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 19. März 1919 Anzeige zu machen.

Heidelberg, 27. Febr. 1919
 Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts 4.

Verschiedene Bekanntmachungen.

Gebäudearbeiten zur Erhellung eines Stallgebäudes für Warkstation 473 der Hauptbahn auf Station Waldshut n. Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben. Maurer, Zimmer-, Schlosser- und Klempnerarbeiten. Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschreibungen liegen bei der Bahnmeisterei Waldshut zur Einsicht auf, wo die Abgabe der Angebotsordrude erfolgt. Angebote sind verschlossen, portofrei, mit der nötigen Aufschrift versehen, bis Dienstag den 18. März 1919, vormittags 3 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist vier Wochen. 3.966

Waldshut, 25. Febr. 1919
 Bad. Bahnbauinspektion.

Güterverkehr mit Österreich und Ungarn.

Der südböhm.-ungar. Gütertarif Teil I vom 6. Juli 1909 sowie der Tarif für den Güter- u. ungar. Seebandverkehr über Triest ohne Erlaß jenseits Teil I vom 1. August 1908 treten samt Nachträgen u. den im Verfügungswege getroffenen Maßnahmen mit Ablauf des 30. April 1919 ohne Erlaß außer Kraft. Karlsruhe, 26. Febr. 1919
 Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.

Badischer Personentarif, Heft A.

Die Tarifbestimmung, wonach für mehrere aufeinanderfolgende Monate des gleichen Kalenderjahres Monatskarten im voraus gelöst werden können, wird mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres aufgehoben. Die Änderung ist gemäß § 2 der Eisenbahnverkehrsordnung genehmigt worden.

Karlsruhe, 27. Febr. 1919
 Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.